

Islamfeindlichkeit im Spiegel der Meinungsforschung

Michail Logvinov

Ablehnungskonstruktionen des Islam und/oder Muslimen/-innen sind zu Zeiten der „Pegida“-Bewegung scheinbar allgegenwärtig. Die Angst vor der „Islamisierung des Abendlandes“ scheint in Deutschland eine weite Verbreitung und Anschlussfähigkeit an die gesellschaftliche Mitte gefunden zu haben. So stellen es zumindest einige Studien dar. Kann also von einem „Feindbild Islam“ in Deutschland gesprochen werden? Der Beitrag stellt Ergebnisse deutscher Meinungsumfragen dar und geht der Frage nach, was bei Islamfeindlichkeit genau gemessen wird, und wie die erhobenen Daten interpretiert werden.

Einleitung: Feindbild Islam?

Obwohl in Deutschland seit Beginn der 1990er-Jahre die Existenz eines Feindbildes des Islam beklagt wird, waren die Deutschen lange Zeit immun gegen islambezogene Bedrohungsgefühle. Trotz der Anschläge vom 11. September 2001 ließ sich dieses Feindbild Anfang der 2000er-Jahre empirisch nicht nachweisen. Deutschland wies zudem die wenigsten anti-muslimischen Übergriffe im westeuropäischen Vergleich auf (Seidel 2003: 266). Eine GMF-Erhebung aus dem Jahr 2003 kam zu dem Ergebnis, dass die Islamophobie keine besondere Ausprägung in Deutschland hatte. „Insofern lässt sich auch die Behauptung von einem besonderen ‚Feindbild Islam‘, das aus unterschiedlichen Motiven zum Teil von bundesdeutschen Intellektuellen und zum Teil von islamischen bzw. islamistischen Gruppen beschworen wird, nicht bestätigen“, schlussfolgerten ihre Autoren und fügten prognostisch hinzu: „Es ist anzunehmen, dass weniger Terroranschläge das Klima besonders verschärfen werden, sondern vielmehr ungelöste und unthematisierte (Alltags-)Konflikte im sozialen Nahraum“ (Leibold & Kühnel 2003: 113). Nach dem heimtückischen Mord am niederländischen Filmemacher Theo van Gogh am 2. November 2004 jedoch schlug die Stimmung in Deutschland in „moralische Panik“ um. Eine der Folgen war auch, dass in der medialen Berichterstattung „das Feld Islam, Islamismus und Einwanderer mit muslimischem Hintergrund neu vermessen“ und die

Integrations- und Ausländerdebatte vermehrt islamisiert wurde (ebd.). Die Unvereinbarkeit des Islam mit den westlichen Wertvorstellungen wird seitdem wieder und wieder debattiert, wobei es an den dazu Anlass gebenden Ereignissen nicht mangelt.

Der eigentliche Kern der Islamdebatte in Deutschland betrifft vor allem die Vereinbarkeit des Säkularismus als Norm- und Wertvorstellung mit dem islamischen Glauben, in dem es bekanntlich keine Kaiserformel¹ gibt. Während säkulare Verfassungsgrundsätze eine respektvolle Nichtidentifikation als Wertneutralität, welche die Gleichstellung und den Schutz jeder Minderheit gewährleistet, zum Maßstab erheben, enthält das islamische Ordnungsmodell grundsätzlich nur eine sehr spezifische Schutzpflicht für Minderheiten (Schutzbefohlene per Schutzvertrag), welche keine Gleichstellung mit Muslimen vorsieht. Vor diesem Hintergrund formulierten die Islamophobie-Forscher Leibold und Kühnel das Dilemma der Norm- und Wertkonflikte wie folgt: „Vor die Entscheidung gestellt, würden die meisten gläubigen Muslime wohl das religiöse dem säkularen Prinzip überordnen. Selbst die flexiblen Alltagsregelungen stellen faktisch das Primat des Religiösen unter Beweis, da die Toleranz mit Rückbezug auf die Scharia begründet wird“ (Leibold & Kühnel 2008: 98). Doch lässt sich daraus, selbst wenn Plädoyers für eine Übernahme des Laizismus seitens der (europäischen) Islamgelehrten die Ausnahme sind (Brunner 2005), der Schluss ziehen, dass die muslimische Kultur tatsächlich nicht in die westliche Welt passt?

Das Islam- und Muslimen-Bild im Spiegel der Meinungsforschung

Sonderauswertung Islam des Religionsmonitors

Eine von der Bertelsmann Stiftung erstellte *Sonderauswertung Islam* des Religionsmonitors widerspricht der oben zitierten Annahme von Leibold und Kühnel. Der Erhebung aus dem Jahr 2015 zufolge sollen 90 % der „hochreligiösen sunnitischen Muslime“ die Demokratie für eine „gute Regierungsform“ halten (Bertelsmann Stiftung 2015). Dies entspreche dem Zustimmungsgrad der mittel- und weniger religiösen Sunniten. 93 % der hochreligiösen sunnitischen Muslime hielten es für geboten, allen Religionen gegenüber offen zu sein. Die zunehmende religiöse Vielfalt in Deutschland empfanden allerdings „nur“ 68 % der hochreligiösen, 71 % der mittel- und 75 % der wenig religiösen Sunniten als Bereicherung. Überraschend erscheint der Befund, dem zufolge 40 % der hochreligiösen Sunniten und 58 % der hochreligiösen reflektierten Sunniten dem Item zustimmten, ein homosexuelles Paar sollte die Möglichkeit haben zu heiraten. 90 % der deutschen Muslime sollen zudem regelmäßig Freizeitkontakte zu Menschen anderer Religionszugehörigkeit haben, wobei rund 60 % über mehr Freizeitkontakte außerhalb als innerhalb ihrer Religion verfügen.

Während die hochreligiösen und reflektierten hochreligiösen sunnitischen Muslime dem Religionsmonitor zufolge aufgeklärt, kontaktfreudig und vorurteilsfrei sind, ist es die nicht-muslimische Mehrheitsbevölkerung offenbar nicht (siehe Abbildung 1). 57 % der deutschen Nichtmuslime hielten demnach den Islam für „sehr“ oder „eher“ bedrohlich – eine Steigerungsrate um 4 %-Punkte im Vergleich zu 2012. Noch deutlicher zugenommen hat die Ansicht, der Islam passe nicht in die westliche Welt – von 52 %

¹ Matthäus: 22:21: „Sie sprachen zu ihm: Des Kaisers. Da sprach er zu ihnen: So gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!“

auf 61 % (a. a. O.: 7). „Durch die vielen Muslime“ fühlten sich 40 % der Bürger „manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“. Während die Befunde zur Bedrohlichkeit des Islam die Kontakt-hypothese tendenziell bestätigen, wird sie hier eher infrage gestellt (a. a. O.: 8).

Aufschlussreich sind die Angaben zur Abhängigkeit der Bedrohungs-wahrnehmung von der politischen Selbstpositionierung. Nach dem Reli-gionsmonitor sind es vor allem die sich politisch links oder (mitte)-rechts einordnenden Befragten, die sich am stärksten durch den Islam bedroht fühlen. Gering seien auch die Bildungseinflüsse – ein deutlicher Gegensatz zu fremdenfeindlichen Einstellungen. Lediglich ein abge-schlossenes Hochschulstudium soll sich „geringfügig positiv“ auf das Islambild auswirken. „Aber auch hier beträgt der Anteil mit einer Bedroh-ungswahrnehmung 46 %“ (a. a. O.: 9). „Etwas größer“ seien die Bildungsef-fekte im Hinblick auf die Beurteilung der Vereinbarkeit des Islam mit den westlichen Werten: 52 % der Perso-nen mit mittlerer Reife, 45 % der Befragten mit Abitur und 40 % der Hochschulabsolventen vertraten die Meinung, der Islam passe nicht in die westliche Welt. Somit bestätigt die Umfrage nur bedingt einen von Wil-helm Heitmeyer im Jahr 2006 be-schriebenen Trend (vgl. Reinecke & Seidel 2006).

Zusammenfassend interpretieren die Autoren der Studie ihre Befunde dahingehend, dass

- 1) die Muslime – unabhängig von der Intensität ihres Glaubens – mit Staat und Gesellschaft eng verbunden seien, während
- 2) die Islamfeindlichkeit aus der Mitte der Gesellschaft käme und einen sa-lonfähigen Trend darstelle.

Die „Mitte“-Studie

Von „fragiler Mitte“ ist auch in der „Mitte“-Studie von Andreas Zick und Anna Klein (2014) die Rede. Die Bielefelder Forscher ziehen im Gegensatz zum Forschungsteam der Bertelsmann Stiftung Statements heran, welche ausschließlich auf die Wahrnehmung und die Behandlung der Muslime abheben: „Durch die vielen Muslime fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ und „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“. Die Autoren beanspruchen, die Bedro-

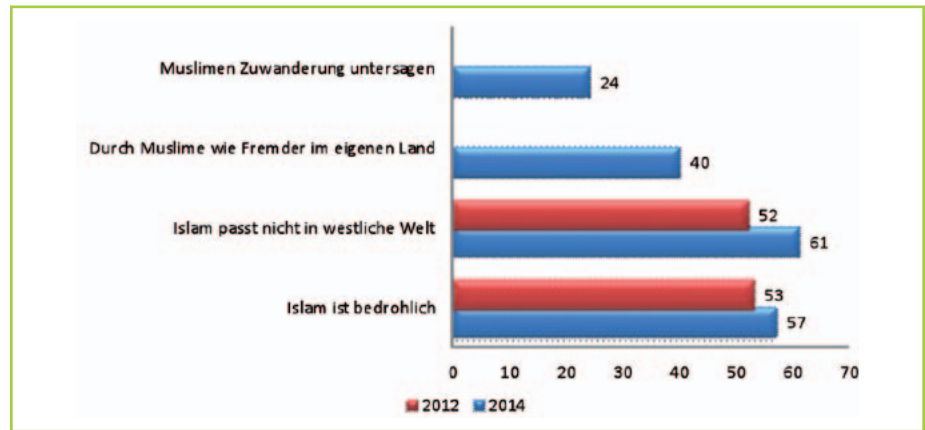


Abbildung 1: Einstellungen zum Islam und zu Muslimen (Items: „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“, „Durch die vielen Muslime fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“, „Der Islam passt nicht in die westliche Welt“, „Als wie bedrohlich bzw. wie bereichernd nehmen Sie den Islam wahr?“) (Zustimmung in %, eigene Darstellung nach Bertelsmann Stiftung 2015: 8)

hungsgefühle gegenüber den und die Abwertung von Muslimen, ihrer Kultur und ihren öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten zu messen (a. a. O.: 73). Islamfeindlich seien der Studie zufolge 17,5 % der Bevölkerung – 16 % im Westen und 23,5 % im Osten des Landes. „Durch die vielen Muslime“ fühlten sich 31,5 % der Bürger „manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“. Dem „harten“ Statement zur Einschränkung der Zuwanderung für Muslime stimmen demgegenüber 18,2 % der Befragten zu.

Nach Altersgruppen ergibt sich folgendes Antwortverhalten: 20 % der zwischen 16- und 30-Jährigen sowie 21,3 % der über 60 Jahre alten waren im Vergleich zu den am wenigsten belasteten Gruppe der zwischen 31- und 60-Jährigen (14,2 % der Befragten) islamfeindlich. Soziale Stratifikation ergab folgende Effekte: 27,1 % der Befragten, die sich „unten“ verorteten, 16,1 % aus der Mittelschicht und 22,1 % aus der Oberschicht hatten islamfeindliche Einstellungen. Gegenätzlich zu den Befunden des Religionsmonitors ist die politische (Selbst-) Verortung laut der Mitte-Studie ein entscheidender Faktor für die zu messenden Bedrohungsgefühle: Am wenigsten islamfeindlich seien demnach Personen, die sich „links/eher links“ einordneten (7,7 %), „genau in der Mitte“ seien es 17,9 % der Befragten und „rechts/eher rechts“ 32,3 % der Personen gewesen, die den Items zustimmten.

Studie „Die Furcht vor dem Morgenland im Abendland“

Hervorgehoben sei auch eine unter dem Titel „Die Furcht vor dem Morgenland im Abendland“ bekannt geworde-

ne Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach (2012), die ein facettenreiches Islambild der deutschen Bevölkerung zeichnete. Der Autor der Studie, Thomas Petersen, betonte eingangs vor dem Hintergrund der EU-Beitrittsdebatte der Türkei die bereits beschriebene „historische Prägung“ der europäischen Mentalitätsgeschichte – „Die Türken“ und mit ihnen die gesamte islamische Welt, das waren stets ‚die Anderen‘ – und stellte nüchtern fest, dass die Deutschen einen EU-Beitritt der Türkei „offensichtlich nicht aus einer besonderen Abneigung gegenüber der Türkei heraus“ ablehnt, sondern „einfach deswegen, weil die Türkei für die meisten Deutschen schlicht und einfach nicht zu Europa dazu gehört“ (a. a. O.: 2). Statt Islamophobie oder Islamfeindlichkeit machte die Umfrage ein überwiegendes „Gefühl der Fremdheit und des Misstrauens“ in der Bevölkerung aus.

Ein wesentliches Ergebnis der Umfrage mit Blick auf „kulturelle Grenzen“ – so das theoretische Konstrukt der Studie – lässt sich wie folgt formulieren: Für die Mehrheit der Deutschen gehört der Islam (noch) nicht zu Deutschland. Der Frage, ob der Islam „inzwischen auch zu Deutschland wie das Christentum“ gehörte, stimmten nur 22 % der Befragten zu. 64 % verneinten die Aussage, während 22 % unentschieden waren bzw. keine Angaben machten. Ein beachtlicher Teil der Befragten, nämlich 47 %, war der Meinung, dass „die Muslime, die hier leben“, auch nicht zu Deutschland gehörten. 29 % der Befragten widersprachen, während 24 % unentschieden waren bzw. keine Angaben machten.

Obwohl 48 % der Befragten glaubten, „dass es in nächster Zeit auch

Islamfeindlichkeit (%-Satz der zustimmenden Antworten)	2003	2005	2007	2009	2010	2011
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	26,5	26,4	29	21,4	26,1	22,6
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	31	33,7	39	32,2	38,9	30,2

Tabelle 1: Ausmaß islamophober Einstellungen nach GMF-Umfragen (in %, eigene Darstellung nach Deutsche Zustände 2003, 2006, 2008, 2010, 2012)

hier in Deutschland zu Spannungen mit der muslimischen Bevölkerung kommt“ („Ist nicht zu befürchten“ – 29 %, unentschieden – 23 %), und 43 % sich im „Kampf der Kulturen“ zwischen Christentum und Islam wähten, gab es Petersen zufolge kein ausgeprägtes Bedürfnis in der Bevölkerung, „sich aktiv oder gar aggressiv gegen ein Vordringen des Islam in Deutschland zu wenden“ (a. a. O.: 7). Zugleich begrüßten 39 % der Befragten ein Minarett-Verbot² nach dem Schweizer Vorbild, während genauso viele Menschen nicht viel davon hielten und 22 % keine Angabe machten bzw. mit „weiß nicht“ antworteten. Statt einer gegen den Islam gerichteten Orientierung stellte die Umfrage ein „vages Unbehagen“ in der Bevölkerung fest. So gefalle es einer relativen Mehrheit von 47 % nicht, wenn man „hier in Deutschland Frauen mit Kopftüchern sehe“, 34 % widersprachen.

In Westdeutschland, wo der Anteil der aus islamischen Ländern stammenden Bevölkerung weitaus größer ist als im Osten, gaben mit 48 % noch etwas mehr Befragte ihr Unbehagen zu Protokoll als in den neuen Bundesländern (45 %). Es scheint also keine Frage der Gewöhnung zu sein, ob einen der Anblick verschleierter Frauen irritiert oder nicht. Das Gefühl der Fremdheit scheint sich nicht so einfach abzunutzen“ (a. a. O.: 7). Somit stellen die Allensbacher Daten die Kontakthypothese infrage. Zu beachten sind überdies die Umfrageergebnisse hinsichtlich der Wahrnehmung des Islam als Bedrohung.³ So hielt 2012 zwar jeder Fünfte, 19 % der Bevölkerung (2001: 31 %, 2006: 28 %), den Islam insgesamt für bedrohlich, 74 % machten aber radikale Gruppen als Gefahrenquelle aus (2001: 62 %, 2006: 66 %). Das „verheerende Islambild“ in Deutschland hängt demnach nicht vordergründig mit Bedrohungsgefühlen zusammen. Vielmehr sind es anderweitige Zuschreibungen bzw. Interpretationen des Islam im Spiegel europäischer Wertvorstellungen (Benachteiligung der Frau, strenges Festhalten an althergebrachten Glaubens-

grundsätzen, Intoleranz gegenüber Andersgläubigen, Demokratiedistanz).

Zusammenfassend lassen sich die Befunde der Allensbacher Umfrage dahingehend interpretieren, dass dem Islam und den Anhängern dieser Glaubensrichtung in Deutschland die kulturelle Zugehörigkeit verweigert wurde, und zwar nicht primär wegen einer Bedrohungswahrnehmung oder ausgeprägten Feindseligkeit, sondern aufgrund von (Fremd-)Zuschreibungen, die den Islam als unvereinbar mit den demokratischen Werten „des Westens“ deuteten. Je nach Blickwinkel können diese Zuschreibungen als Stereotype bzw. Vorurteile oder aber als (zuweilen zuspitzende) Problematisierungen der beispielsweise im sunnitischen Islam vorzufindenden Eigenschaften gelten.

Studie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“

Islamophobie bzw. Islamfeindlichkeit als „Syndrom“ stellte einen der Bestandteile systematischer Erhebungen im Rahmen des Projekts zur Untersuchung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dar. Die Ergebnisse der GMF-Umfragen lassen sich wie folgt zusammenfassen.

Wie aus Tabelle 1 ersichtlich, deckten die GMF-Forscher ein hohes Maß an „islamfeindlichen“ Einstellungen in der deutschen Bevölkerung auf. Zugleich gilt zu bedenken, was bereits in einem der ersten Surveys relativierend angemerkt wurde: Es besteht ein starker Zusammenhang zwischen Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie. Zieht man „die anderen Elemente“ zur GMF zum Vergleich, ergibt sich daraus folgendes Bild: In Deutschland ließ sich am Beginn der Messungen keine besondere Ausprägung der Islamophobie und kein „Feindbild Islam“ beobachten (Leibold & Kühnel 2003: 113). Gilt die Schlussfolgerung angesichts eines auch durch andere Studien festgestellten Rückgangs der „islamfeindlichen“ Einstellungen auch für die Folgejahre (vgl. Leibold et al. 2012)?

Besondere Aufmerksamkeit verdient der Versuch von Leibold und Kühnel (2008: 95–115), das Spannungsfeld von Islamophobie und kritischer Einstellung zu islamischen Positionen mit Blick auf Säkularität und Minderheitenschutz zu beleuchten, um verschiedene Befragtengruppen zu ermitteln. Gemessen wurden

- 1) generelle Ablehnung von Muslimen in Deutschland⁴,
- 2) wahrgenommene kulturelle Distanz zum Islam/kulturelle Abwertung des Islam⁵ und
- 3) kritische Einstellungen zum Islam.⁶

Die relativen Häufigkeiten der Antworten sind in Tabelle 2 zusammengefasst.

Auffällig sind neben Fremdheitsgefühlen die hohen Werte der kulturellen Distanz bzw. „Abwertung des Islam“, wobei das Ausmaß kritischer Einstellungen noch höher ausfiel. Die überwiegende Mehrheit hatte also eine kritische Haltung zum Islam, welche sich auch auf die wahrgenommene kulturelle Distanz auswirkte. Interessanter sind aber differenzierte Ergebnisse und Interpretationen der Clusteranalyse, bei der vier Gruppen ermittelt wurden:

- **Gruppe I**, die „Islamophoben“ umfasste demnach 27,2 % der Befragten;
- **Gruppe II**, „pessimistische Kritiker“, mit 34,8 % die größte Gruppe, wies niedrige Werte genereller Ablehnung der Muslime auf, stimmte jedoch der Kritik am Islam zu und nahm ein „erhebliches Maß an kultureller Distanz“ wahr;
- **Gruppe III**, „optimistische Kritiker“, bestehend aus 19,2 % der Befragten, wies niedrigere Werte bei der kulturellen Distanz und geringfügig höhere Werte bei der generellen Ablehnung auf. Die Vertreter/-innen dieser Gruppe waren optimistisch

² Die Item-Formulierung lautete wie folgt: „In der Schweiz ist 2009 bei einer Volksabstimmung ein Verbot von Minaretten beschlossen worden. Moscheen dürfen also nur noch ohne die typischen Türme gebaut werden (sic). Finden Sie, dass man ein solches Minarett-Verbot auch in Deutschland einführen sollte, oder halten Sie nicht viel davon.“

³ So lautete eine Frage: „Darüber, ob der Islam eine Bedrohung darstellt, gibt es ja ganz unterschiedliche Ansichten. Wie sehen Sie das: Halten Sie den Islam insgesamt für eine Bedrohung, oder sind das nur bestimmte radikale Gruppen, von denen eine Bedrohung ausgeht?“

⁴ Siehe die späteren „Islamfeindlichkeit“-Items der GMF- und „Mitte“-Umfragen.

⁵ Den Befragten wurden drei Aussagen präsentiert: „Der Islam passt durchaus in unsere westliche Welt“, „Islamische und westeuropäische Wertvorstellungen lassen sich miteinander vereinbaren“ und „Der Islam hat eine bewundernswerte Kultur hervorgebracht“.

⁶ Die drei Statements zum Messung kritischer Einstellungen lauteten: „Im Islam müssen Gesetze den religiösen Vorschriften entsprechen“, „Der Islam erkennt grundsätzlich andere Religionen als gleichberechtigt an“ und „Der Islam lehnt Homosexualität grundsätzlich ab“.

hinsichtlich der kulturellen Distanz, jedoch kritisch in Sachfragen.

- **Gruppe IV**, die „Kulturrelativisten“ (18,8 % der Befragten), zeichnete sich durch durchgehend niedrige Werte bei beiden Konstrukten aus.

Postmigrantische Deutschlandanalysen

Obwohl die postmigrantischen Deutschlandanalysen des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung sich vordergründig mit den symbolischen Konflikten rund um konkurrierende Werte und Normen in der deutschen Einwanderungsgesellschaft als Folge der Integration beschäftigen, spielen Vorurteile gegen Muslime und ihre Kultur wegen der hohen gesellschaftlichen Relevanz des Islam in der Bundesrepublik in den Studien „Deutschland postmigrantisch I“ (Foroutan et al. 2014) und „Deutschland postmigrantisch II“ (Foroutan et al. 2015a) eine bedeutende Rolle. Die Wissenschaftler unter der Leitung von Naika Foroutan haben differenzierte Forschungsergebnisse zutage gefördert, denen zufolge es hierzulande ein „Panorama der Exklusionen des Deutscheins“ gibt. Es lasse sich in der Bundesrepublik Offenheit und Akzeptanz der sozialen Vielfalt ebenso beobachten wie auch Stereotype, die bei einem Großteil der Bevölkerung vorhanden sein sollen. Allen muslimfeindlichen Aussagen stimmten nur wenige Personen zu. Dennoch sprechen die Sozialforscher von einer „lang anhaltenden stabilen Muslimfeindlichkeit“. Was allerdings unter diesem Konstrukt zu verstehen ist, bleibt ohne Erklärung. Den Befragten wurden fünf Aussagen präsentiert:

- „Die in Deutschland lebenden Muslime sind eine Belastung für das soziale Netz“,
- „Ich hätte kein Problem damit, mein Kind in eine Schule zu schicken, in der jeder vierte Schüler muslimisch ist“,
- „Muslime sind aggressiver als wir“,
- „Muslimische Eltern sind genauso bildungsorientiert wie wir“ sowie
- „Muslime in Deutschland bedrohen viele Dinge, die ich in dieser Gesellschaft für gut und richtig halte“.

Neben dem stereotypen Antwortverhalten erfasste die Studie auch die Häufigkeit der Zustimmungen zu den einzelnen Aussagen, die in der Tabelle 3 zusammengefasst sind.

Es ist aufschlussreich zu sehen, wie hoch der Anteil der Befragten war, die allen, unter anderem „harten“ State-

Islamophobe Einstellungen	
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	29
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	39
Der Islam passt durchaus in unsere westliche Welt (überhaupt/eher nicht).	61,1
Islamische und westeuropäische Wertvorstellungen lassen sich miteinander vereinbaren (überhaupt/eher nicht).	60,5
Der Islam hat eine bewundernswerte Kultur hervorgebracht (überhaupt/eher nicht).	44
Kritische Einstellungen	
Im Islam müssen Gesetze den religiösen Vorschriften entsprechen.	73
Der Islam erkennt grundsätzlich andere Religionen als gleichberechtigt an (überhaupt/eher nicht).	78,2
Der Islam lehnt Homosexualität grundsätzlich ab.	85,5

Tabelle 2: Ausmaß Islamophober und kritischer Einstellungen im GMF-Survey 2007 (in %, eigene Darstellung nach Leibold & Kühnel 2008: 102 f.)

Anzahl der negativen bzw. ausgrenzenden Antworten	Anteil der Befragten
0	33,3
1	27,8
2	18,9
3	10,9
4	6,1
5	3,0

Tabelle 3: Stereotypes Antwortverhalten (in %, gewichtet, eigene Darstellung nach Foroutan et al. 2014: 31)

ments oder mehreren vorurteilslastigen Aussagen zustimmten.

Über die Aggressivität „der“ Muslime in Deutschland ließe sich im Sinne einer kritischen Auseinandersetzung angesichts der Männlichkeitsbilder einiger muslimischer Mitbürger freilich streiten. Doch auch hier zeigte sich, dass die Mehrheit der „nationalbewussten“ Deutschen (53,6 %) der dritten Aussage widerspricht. Bei den Personen, denen es unwichtig erscheint, als Deutsche/r gesehen zu werden, sind es 72,5 %. Gesamtwerte: 64,2 % der Befragten lehnten die Aussage ab, 26,5 % stimmten zu. Bei der vierten Aussage ist das Verhältnis ähnlich: 55,2 % der befragten Personen stimmten zu, 30,1 % widersprachen. Ob das ablehnende Antwortverhalten von einem weit verbreiteten Vorurteil zeugt oder auf Berichte zurückzuführen ist, denen zufolge etwa 60 % der türkischstämmigen Frauen und fast die Hälfte der Männer keinen Schulabschluss erlangen, ist eine zu diskutierende Frage.⁷ Je nach Gewichtung der Items ließen sich somit präzisere Aussagen

über das Ausmaß der Muslimfeindlichkeit und -kritik in Deutschland treffen.

Der zweite Teil von „Deutschland postmigrantisch“ beschreibt Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Gesellschaft, Religion und Identität, was ihn besonders aufschlussreich für die pädagogische Praxis macht. Lässt doch dieses Forschungsdesign die Zielgruppen genauer ermitteln bzw. studieren. Die Autoren wiesen erneut darauf hin, welches Konstrukt ihrer Umfrage zugrunde liegt: Stereotype Vorstellungen, verstanden als Vereinfachungen, die „nicht unbedingt auf alle (sic) oder überhaupt auf irgendwelche Mitglieder der Gruppe zutreffen müssen“ (Foroutan et al. 2015a: 54–55). Das Stereotyp der Aggressivität von Muslimen teilten weniger jüngere Menschen (5 %-Punkte) als junge Erwachsene, die auch im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt als mehr belastet erscheinen (siehe Abbildung 2).

Auch die Zustimmung zur Aussage über die Bildungsorientiertheit muslimischer Eltern ist vergleichsweise hoch (siehe Abbildung 3). Das Alter soll laut dem Forschungsteam jedoch keinen statistisch signifikanten Einfluss haben, die Unterschiede könnten hier „auf Zufall beruhen“. Eher sei der Bil-

⁷ Im Bericht „Bildung in Deutschland 2014“ ist nachzulesen: „Kinder von Eltern türkischer Herkunft sind zu 51,0 %, aus sonstigen ehemaligen Anwerbestaaten zu 31,5 % einem Bildungsrisiko ausgesetzt, während Kinder von Eltern aus den EU-27-Staaten (ohne Deutschland) mit 11,2 % auf dem Niveau von Deutschland insgesamt liegen“ (BMBF 2014: 23). Dass mit „türkisch“ nicht nur kulturelle und religiöse, sondern auch soziale und finanzielle Risikolagen gemeint sind, schwingt in der Aussage mit. Trotz insgesamt positiver Entwicklungen bleiben „türkischstämmige Personen mit Migrationshintergrund in der Gruppe der 30- bis unter 35-Jährigen mit 53 % allerdings noch immer am häufigsten ohne beruflichen Abschluss“ (a. a. O.: 41). Der Anteil an Immatrikulationen an Hochschulen sei „bei türkischstämmigen Personen [...] besonders gering“ (a. a. O.: 44).

ungsgrad für die vorhandenen Unterschiede relevant (a. a. O.: 56 ff.).

Zugleich war die Anerkennung gegenüber Muslimen, operationalisiert mithilfe der Aussage: „Wir sollten Muslimen mehr Anerkennung entgegenbringen“, vergleichsweise hoch; die höchsten Werte mit 77,7 % waren bei Jugendlichen zu beobachten.

Die Zustimmungswerte für die Aussage zur Messung von Anerkennung des politischen Teilhaberechts der Muslime – „Wenn Muslime in Deutschland Forderungen stellen, dann ist das ihr gutes Recht“ – waren mit 85,5 % bei Jugendlichen und 64,6 % bei über 25-Jährigen überdurchschnittlich hoch (siehe Abbildung 4). Noch höher fiel die Ablehnung der Aussagen „Wenn Muslime in Deutschland Forderungen stellen, dann ist das ein Zeichen von Undankbarkeit“ aus: jeweils 87,2 und 74,9 %. Konsequenterweise folgerten die Forscher, dass „Jugendliche einen optimistischeren, offeneren und leichteren Umgang mit Vielfalt und Diversität an den Tag legen“ (a. a. O.: 80).

Interpretationsunsicherheiten in der Meinungsforschung

Die Auseinandersetzung mit einigen empirischen Studien führt zu dem Schluss, dass die Frage nach ihrem Messgegenstand und den Interpretationen sowie den theoretischen Implikationen durchaus ihre Berechtigung hat. So verwenden einerseits einige Umfragen mehr oder weniger harte Items zur Messung ähnlicher Konstrukte. Andererseits werden gleiche Items zur Erhebung mehr oder weniger harter Einstellungen bzw. Orientierungen eingesetzt. Als Ursache für diese Unterschiede kann die terminologische Unklarheit bzw. mangelhafte Spezifikation der jeweiligen Konstrukte gelten, die es ermöglicht, solch unterschiedliche Phänomene wie Ablehnung, diffuse Angst respektive Bedrohungsgefühle, Abwertung und Feindseligkeit wenig differenzierend mal als Phobie, mal als Feindlichkeit zu apostrophieren. Es liegen zugleich nur wenige Versuche vor, ein differenzierteres Bild der facettenreichen Ablehnungskonstruktionen und der Befragten-Cluster zu zeichnen (vgl. Leibold & Kühnel 2006; Foroutan 2014).

Ein weiteres Dilemma hängt mit der semantischen Dimension der verwendeten Aussagen zusammen. So zeigte die konfirmatorische Faktorenanalyse, dass der Bedeutungsinhalt des einige

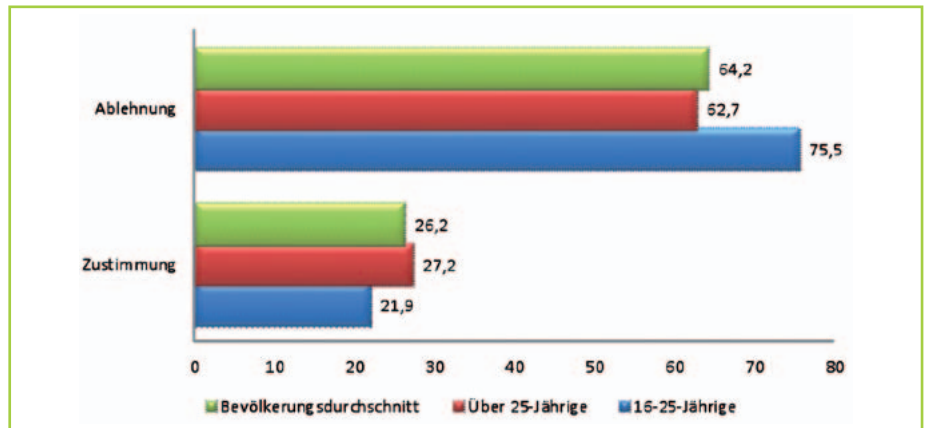


Abbildung 2: Aggressivitätsstereotype (in %, eigene Darstellung nach Foroutan et al. 2014 und Foroutan et al. 2015a)

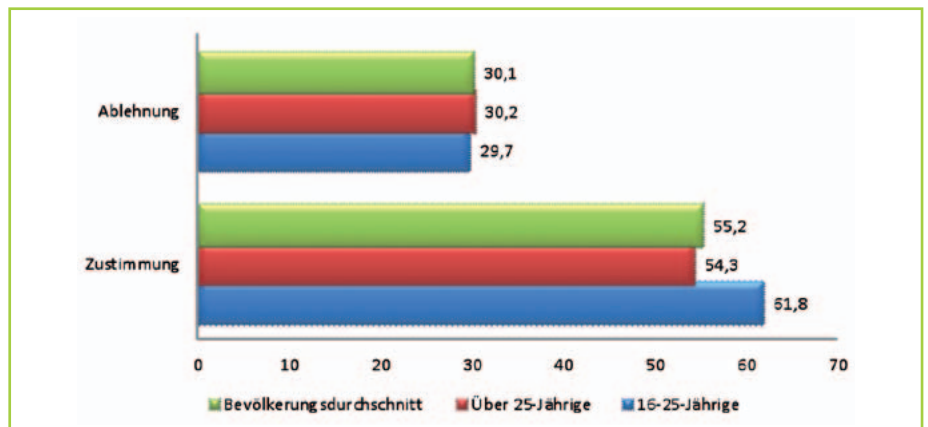


Abbildung 3: Bildungsstereotype (in %, eigene Darstellung nach Foroutan et al. 2014 und Foroutan et al. 2015a)

Zeit eingesetzten Items „Der Islam hat eine bewundernswerte Kultur hervorgebracht“ weniger auf Abwertung des Islam als auf die wahrgenommene kulturelle Distanz verwies (Leibold & Kühnel 2008: 113). Mithilfe der Statements „Für mich sind die verschiedenen islamischen Glaubensrichtungen kaum zu unterscheiden“ sowie „Meiner Meinung nach sind die islamischen Glaubensrichtungen sehr ähnlich“ wurden z. B. im GMF-Survey 2005 primär Wissensbestände über den Islam abgefragt, jedoch weniger homogenisierende Einstellungen gemessen. Ob „der“ Islam pauschal oder primär radikale Gruppen als Bedrohung ausgemacht werden, hängt stark von der Item-Formulierung und ihrem Homogenisierungsgrad ab. Es verwundert nur wenig, dass in der Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (2012) 74 % der Befragten dafür plädierten, dass nur von bestimmten radikalen Gruppen eine Bedrohung ausginge. Zugleich bleibe „das Image des Islam“ mit Blick auf Menschenrechte sehr negativ.

Überdies sind bei einigen Statements Zweifel im Hinblick auf mögliche Priming-Effekte angebracht. Ein Pri-

ming-Effekt liegt vor, wenn Gedächtnisinhalte durch einen vorangegangenen Reiz beeinflusst werden. Betrachtet man die Aussage „Durch die vielen Muslime fühle ich mich manchmal fremd im eigenen Land“, lassen sich zwei „Fallen“ identifizieren, die eine Zustimmung erleichtern können – „viele“ und „manchmal“. Während das Adjektiv bereits eine Problemdiagnose vorgibt, nimmt das Adverb eine Relativierung vor und kann dazu führen, dass Befragte entsprechende – reale oder durch Medien vermittelte – Erfahrungen abrufen. Die wenig kosmopolitischen (Ost-)Deutschen, denen alltägliche Begegnungen mit Muslimen/-innen eher vorenthalten blieben, könnten sich in manchen Berliner Bezirken oder in westdeutschen Metropolen durchaus wie in einem anderen Land vorkommen. In einigen deutschen Regionen gibt es ja Stadtteile, welche in hohem Maß durch muslimische Zugewanderte und ihre Symbole geprägt sind. Nicht auszuschließen ist zudem, dass es sich bei der Item-Interpretation um eine Fehlzuschreibung, die „Forscher wie Befragte gleichermaßen vollziehen“, handelt. So sieht es zu-

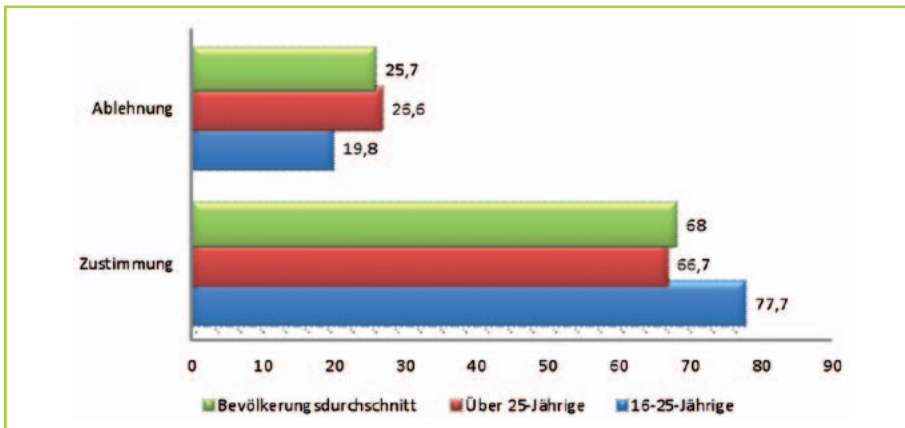


Abbildung 4: Anerkennung gegenüber Muslimen
(in %, eigene Darstellung nach Foroutan et al. 2014 und Foroutan et al. 2015a)

mindest Soziologieprofessor Hartmut Rosa (2015): „Es ist (...) durchaus unklar, welcher der beiden Aussageteile sie dabei wirklich motiviert: dass sie sich manchmal wie Fremde im eigenen Land fühlen – oder dass daran die Muslime ‚schuld‘ sind?“ Steht den Befragten die Option „Ich stimme eher zu“ zur Verfügung, erhöht sich der Anteil „islamophober“ Antworten, wobei sich die Anzahl der eindeutigen Ablehnungen geringfügig reduziert.

Wichtig wäre auch, die Motivlage hinter der Einstellungsdimension nicht auszuklammern. Die Ablehnung einer Moschee in der Nachbarschaft muss nicht aus einer islamfeindlichen Motivation erfolgen. Neben rassistischen und/oder ausländerfeindlichen Anschauungen sind auch feministische, atheistische, religiöse oder andere Ursachen für die Ablehnung denkbar. Wenn Befragte mit formal hohem Bildungsabschluss einen Vorteil darin sehen, „Schulen ohne muslimische Lehrerinnen für ihre Kinder zu haben und Wohngebieten mit hohem muslimischen Bevölkerungsanteil zu vermeiden“, kann es auch an der allgemeinen Segregationsneigung liegen (Leibold & Kühnel 2006: 148). Oder auch daran, dass die Item-Formulierung „Ich würde mein Kind auch in einer Schule anmelden, in der eine moslemische (sic) Frau mit Kopftuch unterrichtet“ im Sinne eines Konfliktes mit dem Neutralitätsgebot und somit mit normativen Verfassungsgrundlagen interpretiert wird.

Repräsentativ und nicht vergleichbar?

Mit Validität und Vergleichbarkeit sowie theoretischen Implikationen der Meinungsumfragen hängt eine weitere Problemdimension zusammen. Obwohl die meisten Studien Re-

präsentativität für sich beanspruchen, rufen Abweichungen ihrer Ergebnisse Fragen hervor. Vergleicht man z. B. die Ergebnisse der Sonderauswertung Islam (2015) und der „Mitte“-Studie von Zick & Klein (2014), macht die Abweichung mit Blick auf das „Fremd im eigenen Land“-Statement 8,5 %-Punkte aus (40 zu 31,5 %), obwohl der zeitliche Abstand der Untersuchungen gering ist. Ähnlich verhält es sich mit der Zustimmung zu der Zuwanderungsaussage: Die Abweichung beträgt 5,8 %-Punkte (24 zu 18,2 %).

Zieht man eine weitere „Mitte“-Studie zum Vergleich heran, verwirrt das gezeichnete Bild der Meinungsforscher umso mehr. Decker et al. (2014: 50) zufolge sind es gar 43 % der Befragten, die sich „wie ein Fremder im eigenen Land“ fühlen sollen (Wert für 2016: 50 %), während 36,6 % Muslime/-innen (2016: 41,4 %) die Zuwanderung nach Deutschland untersagen würden. In diesem Fall beträgt die Abweichung zu den (höheren) Messwerten des Religionsmonitors 12,6 %-Punkte. Die Erklärung der Leipziger Forscher, warum die beiden „Mitte“-Umfragen nur eingeschränkt vergleichbar seien, bestätigt frühere Kritik der Sozialforscher (vgl. Stützle 2010): „Die Datensätze der Bielefelder Studie sind durch telefongestützte Interviews, die ‚Mitte‘-Studien der Universität Leipzig durch fragebogengestützte Face-to-face-Befragungen in den Haushalten der Befragten zustande gekommen. Aufgrund dieser unterschiedlichen Erhebungsmethoden sind sie nur eingeschränkt vergleichbar, doch ist der Anstieg so ausgeprägt, dass er nicht allein auf methodische Differenzen zurückzuführen ist“ (ebd.).

Ein weiteres Beispiel: Während laut der Studie „Die Abwertung der Ande-

ren“ (2011) 54,1 % der deutschen Bevölkerung der Meinung waren, Muslime stellten zu viele Forderungen, fanden 85,5 % der Jugendlichen und 64,6 % der über 25-Jährigen gemäß der Studie „Deutschland postmigrantisch II“, dass es ihr gutes Recht sei, Forderungen zu stellen. Jeweils 87,2 % und 74,9 % widersprachen der Aussage, Forderungen seien ein Zeichen von Undankbarkeit (Foroutan 2015: 61). Die Unterschiede im Antwortverhalten sind in diesem Fall auf Bedeutungsinhalte und Formulierungen der Items zurückzuführen.

Kaum belastbare Erkenntnisse für Prävention

Nicht minder problematisch, vor allem für die Präventionsarbeit, sind widersprüchliche Ergebnisse bzw. Interpretationen im Hinblick auf Kontakthypothese, Bildungseinflüsse, politische Selbstverortung und die Altersstruktur der „islamophoben“ Befragten. Während die Bertelsmann Stiftung eher geringe Bildungseinflüsse mit Blick auf die Bedrohungswahrnehmung und einen etwas größeren Einfluss bei der Wahrnehmung kultureller Distanz feststellte, kam die GMF-Umfrage 2007 zu dem Schluss, dass die „Islamophoben“ im Schnitt älter und schlechter gebildet waren. Das Alter soll laut Forschungen von Naika Foroutan et al. (2014, 2015) demgegenüber keinen statistisch signifikanten Einfluss haben. Eher sei der Bildungsgrad für die vorhandenen Unterschiede relevant. Nach Wilhelm Heitmeyer schütze aber Bildung kaum vor der generalisierten Abwertung der islamischen Kultur: „(...) je höher die Bildung, umso weniger Abwertung. Das stimmt in Bezug auf Obdachlose, Homosexuelle, Juden, Fremdenfeindlichkeit, Sexismus und Rassismus. Nur beim Islam ist das anders. Dort schützt Bildung weniger vor der generalisierten Abwertung der Kultur des Islam“ (Reinecke & Seidel 2006).

Ähnlich divergierend sind Angaben zum Alter der Befragten mit „islamophoben“ bzw. „islamfeindlichen“ Einstellungen. Sind z. B. gemäß „Mitte“-Studie von Zick & Klein (2014: 75) 31- bis 60-Jährige weniger belastet, sind es laut Wissenschaftlern des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung vor allem Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 25 Jahren. Hinsichtlich politischer Orientierungen lassen sich ebenfalls deutliche Interpretati-

onsspielräume beobachten. Die politische (Selbst-)Verortung soll nach der „Mitte“-Studie ein entscheidender Faktor für die islambezogenen Bedrohungsgefühle sein, wobei Personen, die sich „links“ und „eher links“ einordneten, am wenigsten betroffen sein sollen. In den Jahren 2009/10 stieg die Islamfeindlichkeit laut GMF-Umfragen jedoch nur unter denjenigen Befragten signifikant an, die ihre Ansichten als „links“ und „Mitte“ verorteten (Küpper et al. 2013: 14). Der Religionsmonitor widerspricht der Aussage, „linke“ Personen seien immun gegen Islamophobie und Islamfeindlichkeit: Demnach fühlen sich Befragte, die sich politisch „links“ und „(mitte)-rechts“ verorten, am stärksten durch den Islam bedroht.

Noch weniger weiß man über protektive Faktoren. Nach Küpper und Zick (2013: 16) schütze neben den – sicherlich nur positiv gearteten – direkten wie indirekten Beziehungen zur Betroffenenengruppe ein gesicherter sozialer Status vor Abwertung der Minderheiten. Angesichts einer Feststellung der Autoren/-innen, der zufolge die Islamfeindlichkeit „eher von Eliten mit Bildung sowie Status“ produziert wird und auch bei höheren Einkommensgruppen Verbreitung findet, erscheint die Interpretation jedoch etwas un schlüssig.

Fazit

Übereinstimmend mit den bisherigen Beobachtungen formulierten Kahlweiß & Salzborn (2012: 249) die methodische Kritik, der zufolge „die empirischen Studien in ihrer Mehrheit nicht dazu geeignet sind, das zu messen, was konzeptionell mit dem Begriff der Islamophobie im Raum steht, sondern vielmehr allgemeine Stereotype und Vorurteile abfragen, die vor allen Dingen in einem fremdenfeindlichen und rassistischen Kontext stehen und überdies nur punktuell Aufklärungswert zu der Frage haben, ob es ein als Islamophobie zu bezeichnendes Phänomen überhaupt in nennenswerter Größenordnung gibt“. In der Tat lässt sich in vielen Fällen eine Korrelation zwischen Islam- und Fremdenfeindlichkeit beobachten. Auch die Ablehnung der Zuwanderung und Zuwandernden hängt mit negativen Einstellungen gegenüber Muslimen/-innen zusammen. Aus diesem Grund hat die in vielen Umfragen gemessene „Islamophobie“ oder „Islamfeindlich-

keit“ nicht immer eine spezifische Ausprägung, oder sie wäre noch präziser zu skizzieren.

Allem Anschein nach bringen nicht nur unterschiedliche Erhebungsmethoden nicht zu ignorierende Interpretationsunsicherheiten mit sich. Darauf deuten zumindest die hohen Werteschwankungen unabhängig von Konfidenzintervallen sowie verschiedene Korrelationseffekte hin. Über Methodenprobleme hinaus spielen die Kommunikationsregeln der Deutegemeinschaften anscheinend eine große Rolle

(vgl. Frindte 2013: 94 ff.). Groß sind zudem Aussageunsicherheiten hinsichtlich der Variablen „Alter“, „Bildung“, „politische Selbstverortung“ usw. Somit sind Befunde der Meinungsforschung über Anstiege bzw. Verbreitung „islamfeindlicher“ Einstellungen – auch ohne Berücksichtigung spezifischer Effekte wie z. B. der Periodeneffekte – freilich cum grano salis zu genießen.

Dr. Michail Logvinov ist freier Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, TU Dresden. Kontakt: michail.logvinov@mailbox.tu-dresden.de

Literaturverzeichnis ist bei der Redaktion erhältlich.